

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 24.04.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Bader	Herr Kühn
Herr Bley	Herr Lehmann
Herr Dr. Blöcker	Herr Manlik
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Frau Pantazis
Herr F. Flake	Herr Rosenbaum
Herr Graffstedt	(Herr Schatta)
Frau Gries	Herr Scherf
Herr M. Hahn	(Frau Schneider)
Frau S. Hahn	Herr Scholze
Herr Hinrichs	Herr Schrader
(Frau vom Hofe)	Frau Schütze
Frau Ihbe	Frau Seiffert
Frau Jalyschko	Herr Sommerfeld
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Johannes	Herr Weber
Herr Jordan	Herr Wendorf
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	Frau Willimzig-Wilke
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaudirektor Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Hanke
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.03.2018	
3	Mitteilungen	
3.1	Kostenfreier Kindergarten und die Auswirkungen auf die geplante Qualitätsentwicklung	18-07710
4	Anträge	
4.1	Umsetzung der aktuellen Änderungen des Niedersächsischen Schulgesetzes Antrag der CDU-Fraktion	18-07334
4.2	Fußgängerbordsteinabsenkung - neuen Standard einführen Antrag der CDU-Fraktion	18-07463
4.2.1	Neuen Standard für gesicherte Querungshilfen einführen und konsequent umsetzen Änderungsantrag Antrag 18-07463 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	18-07877
4.3	Neuanpflanzungen von Bäumen Antrag der AfD-Fraktion	18-07420
4.3.1	Neuanpflanzungen von Bäumen Änderungsantrag der AfD-Fraktion	18-07883
4.4	Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) Antrag der AfD-Fraktion	18-07711
4.4.1	Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) Stellungnahme der Verwaltung	18-07711-01
4.4.2	Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) Stellungnahme der Verwaltung	18-07711-02
4.5	Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in Par. 17: Audioaufzeichnungen von Stadtbezirksratssitzungen ermöglichen Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	18-07891
4.6	Sporthalle der IGS Volkmarode Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-07940
5	Umbesetzung in Ausschüssen	18-07902

6	Berufung eines Ortsbrandmeisters und 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis	18-07685
7	Vertrauenspersonen für den Ausschuss beim Amtsgericht zur Wahl der Schöfinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023	18-07371
8	Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Braunschweig	17-05457
8.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Braunschweig - Zweiter Änderungsantrag zur Vorlage 17-05457 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-07957
9	Sondervermögen Pensionsfonds; Haushaltsvollzug 2017 Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 117 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	18-07867
10	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	18-07727
11	Schenkung zur Errichtung eines Mahnmals für Euthanasieopfer des Nationalsozialismus auf dem Stadtfriedhof	18-07614
12	Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt	18-07623
13	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2018/2019	18-07695
14	Ausbauplan Kommunale Schulsozialarbeit Stufenplan zur Entwicklung der Kommunalen Schulsozialarbeit zur Umsetzung des Ratsbeschlusses "Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit" (DS-Nr. 17-04859) vom 26. September 2017	18-07701
15	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Nordanger", HA 136 Stadtgebiet zwischen Lampadiusring, Nordanger, Ringgleis und dem BS-Energy-Gelände (Geltungsbereich A) Stadtgebiet Gemarkung Dibbesdorf Flur 7, Flurstück 100 (tlw.) (Geltungsbereich B) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	18-07667
16	Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) zwischen der Stadt und der ALBA Braunschweig GmbH	18-07734
16.1	Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) zwischen der Stadt und der ALBA Braunschweig GmbH Änderungsantrag zur Vorlage 18-07734 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	18-07933
17	Sanierung und Erweiterung des Jugendzentrums B58 Antrag des Jugendhilfeausschusses	18-07958

17.1	Sanierung und Erweiterung des Jugendzentrums B58 Stellungnahme der Verwaltung	18-07958-01
18	Anträge-Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
18.1	Augenscreening für Krippen und Kindertagesstätten in Braunschweig Antrag der AfD-Fraktion	18-07772
18.1.1	Änderungsantrag zu Vorlage 18-07772: Augenscreening für Kindertagesstätten in Braunschweig Änderungsantrag der AfD-Fraktion	18-08022
18.1.2	Augenscreening für Krippen und Kindertagesstätten in Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	18-07772-01
18.2	Resolution "Ambulantes Schmerzzentrum für gesetzlich Versicherte" Antrag der AfD-Fraktion	18-07773
18.2.1	Resolution "Ambulantes Schmerzzentrum für gesetzlich Versicherte" Stellungnahme der Verwaltung	18-07773-01
19	Anfragen	
19.1	Genehmigung von Vergnügungsstätten in der Nähe von Wohngebieten Anfrage der SPD-Fraktion	18-07634
19.1.1	Genehmigung von Vergnügungsstätten in der Nähe von Wohngebieten	18-07634-01
19.2	Wildschweine auf dem Vormarsch?!	18-07947
19.2.1	Wildschweine auf dem Vormarsch?!	18-07947-01
19.3	Erfassung antisemitischer, christenfeindlicher und anderer gruppenbezogener Straftaten in Schulen Anfrage der AfD-Fraktion	18-07948
19.3.1	Erfassung antisemitischer, christenfeindlicher und anderer gruppenbezogener Straftaten in Schulen	18-07948-01
19.4	Sanierungsrate Abwasserkanäle Anfrage der Fraktion Die Linke.	18-07941
19.4.1	Sanierungsrate Abwasserkanäle	18-07941-01
19.5	Datenverkauf "Öl des 21. Jahrhunderts"? Anfrage der BIBS-Fraktion	18-07945

19.5.1	Datenverkauf "Öl des 21. Jahrhunderts"?	18-07945-01
19.6	"Freies WLAN" - Filterliste Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	18-07943
19.6.1	"Freies WLAN" - Filterliste	18-07943-01
19.7	Das Vertrauen in Europa stärken, die Arbeit der Europäischen Union sichtbar machen Anfrage der SPD-Fraktion	18-07944
19.8	Sachstand Quartier St. Leonhard Anfrage der BIBS-Fraktion	18-07946
19.8.1	Sachstand Quartier St. Leonhard	18-07946-01
19.9	Freier Zugang zu Informationen - Par. 219a StGB Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	18-07942
19.9.1	Freier Zugang zu Informationen - Par. 219a StGB	18-07942-01
19.10	Brückengutachten zum südlichen Ringgleisabschnitt Anfrage der SPD-Fraktion	18-07637
19.11	Könnten ab 2019 zu konditionierende Fässer aus dem Lager für atomare Abfälle in Leese nach Braunschweig kommen? Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion	18-08026
19.11.1	Könnten ab 2019 zu konditionierende Fässer aus dem Lager für atomare Abfälle in Leese nach Braunschweig kommen?	18-08026-01

Nichtöffentlicher Teil:

20 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
21 Mitteilungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

Zu TOP 4.4: Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern
Stellungnahme der Verwaltung 18-07711-02
Zu TOP 17: Sanierung und Erweiterung des Jugendzentrums B58
Stellungnahme der Verwaltung 18-07958-01

Zu TOP 18.1: Augenscreening für Kindertagesstätten
Änderungsantrag 18-08022 der AfD-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.04.2018 der unter TOP 4.1 genannte Antrag 18-07334-Umsetzung der aktuellen Änderungen des Niedersächsischen Schulgesetzes- vom Antragsteller zurückgezogen und der unter TOP 4.5 genannte Antrag 18-07891-Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in Par. 17- zurückgestellt worden sind und somit die Beratung in dieser Sitzung entfällt. Er schlägt vor, die Punkte abzusetzen und die Tagesordnung ohne diese festzustellen.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass von der BIBS-Fraktion folgende Dringlichkeitsanfrage vorliegt: 18-08026- Dringlichkeitsanfrage: Könnten ab 2019 zu konditionierende Fässer aus dem Lager für atomare Abfälle in Leese nach Braunschweig kommen? Nach Begründung der Dringlichkeit durch Ratsherrn Rosenbaum lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese anerkannt und die Anfrage unter Tagesordnungspunkt 19.11 in die Tagesordnung eingefügt wird.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur Punkt 21 – Mitteilungen vorgesehen ist und schriftliche Mitteilungen bisher nicht vorliegen. Er stellt fest, dass die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich im Verlauf der öffentlichen Sitzung nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben. Anschließend lässt er über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:09 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.03.2018

Ratsherr Wendorf nimmt Bezug auf den Protokolltext unter Punkt 4.2. und 4.2.1. und erklärt, dass der Änderungsantrag von Ratsfrau Mundlos und nicht von Ratsherrn Köster eingebracht wurde und bittet, dieses zu ändern. Das Protokoll wird mit dieser Änderung genehmigt.

Ergebnis:

Das geänderte Protokoll der Sitzung vom 13.03.2018 wird einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Kostenfreier Kindergarten und die Auswirkungen auf die geplante Qualitätsentwicklung

18-07710

Ergebnis:

Die Mitteilung 18-07710 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

**4.1. Umsetzung der aktuellen Änderungen des Niedersächsischen Schulgesetzes
Antrag der CDU-Fraktion**

18-07334

Ergebnis:

Der Antrag 18-07334 wurde in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.04.2018 vom Antragsteller zurückgezogen. Eine Beratung hierüber entfällt.

4.2. Fußgängerbordsteinabsenkung - neuen Standard einführen	18-07463
Antrag der CDU-Fraktion	
4.2.1. Neuen Standard für gesicherte Querungshilfen einführen und konsequent umsetzen	18-07877
Änderungsantrag Antrag 18-07463	
Änderungsantrag der CDU-Fraktion	

Ratsherr Merfort bringt den Änderungsantrag 18-07877 ein und begründet diesen. Der Änderungsantrag ersetzt den Antrag 18-07463. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 18-07877 abstimmen.

Beschluss zu 18-07877:

„Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die zwischen Behindertenbeirat Braunschweig e.V. und Verwaltung abgestimmte Lösung eines so genannten „geteilten Überweges“, um eine bessere Straßenquerung an gesicherten Überwegen durch Sehbehinderte und „rollende Fußgänger“ (z. B. Rollstuhl-, Rollator- und Kinderwagennutzer) gleichermaßen zu ermöglichen.“

Die hier gefundene „Braunschweiger Lösung“ ist ein weiterer Bestandteil auf dem Weg zur inklusiven Stadt Braunschweig. Zukünftig wendet die Verwaltung deshalb diese Ausgestaltung als neuen Standard bei allen Umbauten an gesicherten Überwegen an. Darüber hinaus werden die Stadtbezirksräte über diesen neuen Standard an gesicherten Überwegen informiert.

Bei Baumaßnahmen an ungesicherten Übergängen sind zukünftig die Stadtbezirksräte dagehend zu beteiligen, dass im Rahmen der Vorberatung bzw. der endgültigen Beschlussfassung der jeweilige Ausbaustandard unter Einbeziehung örtlicher Aspekte festgelegt wird.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4.3. Neuanpflanzungen von Bäumen	18-07420
Antrag der AfD-Fraktion	
4.3.1. Neuanpflanzungen von Bäumen	18-07883
Änderungsantrag der AfD-Fraktion	

Der Änderungsantrag 18-07883 ersetzt den Antrag 18-07420. Ratsherr Weber bringt den Änderungsantrag 18-07883 ein, begründet diesen und erklärt am Ende seiner Ausführungen, dass der Änderungsantrag zurückgezogen wird.

Ergebnis:

Der Änderungsantrag 18-07883 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

4.4. Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA)	18-07711
Antrag der AfD-Fraktion	
4.4.1. Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA)	18-07711-01
Stellungnahme der Verwaltung	

4.4.2. Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) **18-07711-02**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag die Stellungnahmen 18-07711-01 und 18-07711-02 vorliegen. Ratsherr Scherf bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 18-07711 abstimmen.

Beschluss:

„Das Jugendamt der Stadt Braunschweig überprüft im Rahmen der Inobhutnahme ausländischer Personen gem. § 42 a SGB VIII die Minderjährigkeit über die „qualifizierte Inaugenscheinnahme“ hinaus durch medizinische Verfahren immer dann, wenn keine gültigen Ausweispapiere vorliegen und es sich bei diesen nicht zweifelsfrei um Kinder (unter 15 Jahre) im Sinne von § 7 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII handelt. Bei Verweigerung der laut §42f SGB VIII notwendigen Zustimmung des Betroffenen wird von dessen Volljährigkeit ausgegangen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Fürstimmen abgelehnt

4.5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in Par. 17: 18-07891
Audioaufzeichnungen von Stadtbezirksratssitzungen
ermöglichen
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²

Ergebnis:

Der Antrag 18-07891 wurde in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.04.2018 zurückgestellt. Eine Beratung hierüber entfällt.

4.6. Sporthalle der IGS Volkmarode 18-07940
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsfrau Naber bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 18-07940 abstimmen.

Beschluss:

„Die Verwaltung beginnt unverzüglich mit den Planungen zum Bau einer Drei-Feld-Sporthalle am Standort der IGS Volkmarode.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5. Umbesetzung in Ausschüssen 18-07902

Beschluss:

„1. Ausschuss für Integrationsfragen

Anstelle von Ratsfrau Annette Schütze wird Ratsfrau Susanne Hahn in den Ausschuss für Integrationsfragen entsandt.

2. Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

Anstelle von Ratsfrau Susanne Hahn wird Ratsfrau Annette Schütze in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft entsandt. Ratsfrau Susanne Hahn wird Stellvertreterin.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

**6. Berufung eines Ortsbrandmeisters und 2 Stellvertretenden
Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis** 18-07685

Beschluss:

„Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Ifd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Lehndorf	Ortsbrandmeister	Knappe, Tjade
2	Lehndorf	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Schulze, Daniel
3	Ölper	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Dittmer, Marco

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

**7. Vertrauenspersonen für den Ausschuss beim Amtsgericht zur
Wahl der Schöfinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2019
bis 2023** 18-07371

Ratsvorsitzender Graffstedt verweist auf den Inhalt der Vorlage. Er erklärt, dass sechs Vertrauenspersonen gewählt werden und erläutert das Verfahren. Für die Wahl ist ein Stimmzettel mit den sechs Namen der zu wählenden Vertrauenspersonen vorbereitet. Als Wahlhelfer für die Durchführung der Wahl werden Ratsfrau Jalyschko und Ratsherr Bley bestimmt. Ratsvorsitzender Graffstedt weist weiter darauf hin, dass für jede Vertrauensperson eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Rates, erforderlich ist. Es findet ein Wahlgang statt, bei dem 52 Ratsmitglieder anwesend sind. Nach Abschluss des Wahlganges gibt Ratsvorsitzender Graffstedt die Zahl der auf die einzelnen Personen entfallenen Stimmen bekannt und erklärt, dass die vorgeschlagenen Vertrauenspersonen Köster, Grotjahn, Johannes, Palm und Gries die erforderliche Mehrheit erhalten haben und gewählt sind. Er führt weiter aus, dass ein zweiter Wahlgang stattfindet, da eine Person nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hat. Ratsherr Sommerfeld beantragt schriftliche Wahl. Für den zweiten Wahlgang wird kein neuer Personalvorschlag unterbreitet. Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass für den zweiten Wahlgang Ratsherr Wirtz zur Wahl steht und das Mehrheitserfordernis unverändert gilt. An dem zweiten Wahlgang nehmen alle 52 anwesenden Ratsmitglieder teil. Nach Abschluss dieses Wahlganges gibt Ratsvorsitzender Graffstedt das Wahlergebnis bekannt und erklärt, dass damit Ratsherr Wirtz nicht gewählt ist.

Beschluss/Wahlergebnis (geändert):

„Für den Ausschuss beim Amtsgericht Braunschweig zur Wahl der Schöfinnen und Schöffen werden die folgenden Vertrauenspersonen gewählt:

Ratsherr Thorsten Köster, Herr Henrik Grotjahn
Ratsfrau Annette Johannes, Ratsfrau Nicole Palm
Ratsfrau Beate Gries.

Wahlergebnis:

Zur Wahl sind 52 Ratsmitglieder anwesend.

Für den Ausschuss beim Amtsgericht Braunschweig zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen werden die folgenden Vertrauenspersonen gewählt:

1. Ratsherr Thorsten Köster (47 Stimmen)
2. Herr Henrik Grotjahn (48 Stimmen)
3. Ratsfrau Annette Johannes (50 Stimmen)
4. Ratsfrau Nicole Palm (52 Stimmen)
5. Ratsfrau Beate Gries (45 Stimmen)

nicht gewählt wird

Ratsherr Wirtz (18 Stimmen)"

8. Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Braunschweig	17-05457
8.1. Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Braunschweig - Zweiter Änderungsantrag zur Vorlage 17-05457 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-07957

Ratsfrau Gries bringt den Änderungsantrag 18-07957 ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Anschließend stellt er die Vorlage 17-05457 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 18-07957:

„Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Braunschweig wird wie folgt geändert:

§1 Abs. 3

nach „Rettung von Menschen“ einfügen: "und Tieren".

Neuer Wortlaut §1 Abs 3:

(3) Der Einsatz der Feuerwehr der Stadt Braunschweig ist bei Bränden, bei Notständen durch Naturereignisse und bei Hilfeleistungen zur Rettung von Menschen und Tieren aus akuter Lebensgefahr unentgeltlich, soweit sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 dieser Satzung nichts anderes ergibt.

§3 Abs. 3 a)

hinter „Tierrettung“ einfügen: „sofern nicht §1 Abs 3 greift“

Neuer Wortlaut §3 Abs. 3 a):

(3) Diese freiwilligen Leistungen sind insbesondere:

a) Allgemeine Leistungen

- Bergungs-, Sicherungs- und Räumungsarbeiten
- Auspumparbeiten
- Tierrettung, sofern nicht §1 Abs. 3 greift
- Türöffnung und -sicherung
- Entfernung von Bienenschwärmern, Wespennestern und Ähnlichem
- Gestellung von Feuerwehrkräften bzw. technischem Gerät
- Entfernen von Eiszapfen

Abstimmungsergebnis:
bei Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Vorlage 17-05457:

„Die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Braunschweig wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:
bei 1 Enthaltung beschlossen

9. Sondervermögen Pensionsfonds; Haushaltsvollzug 2017 18-07867
Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 117
Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 117 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

10. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 18-07727

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

11. Schenkung zur Errichtung eines Mahnmals für Euthanasieopfer 18-07614
des Nationalsozialismus auf dem Stadtfriedhof

Beschluss:

„Der Annahme einer Schenkung des Vereins ‚Gedenkstätte Friedenskapelle - Gedenkstätte für Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, Braunschweiger Friedhöfe e. V.’ in Form eines Mahnmals für Euthanasieopfer des Nationalsozialismus, ausgeführt als gläserne Stele mit Erläuterungstafel, sowie dessen Aufstellung auf dem Braunschweiger Stadtfriedhof wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

12. Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des 18-07623
Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg /
Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage beigefügte „Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt in der Gestalt der Vereinbarungen zu seiner Verlängerung und Ergänzung vom 08.06./14.06./01.07.2010 und vom 21.05.2014“ mit der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG, der Braunschweiger Baugenossenschaft eG und der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2023 abzuschließen.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

13. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2018/2019 18-07695

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Den in den Anlagen A und B dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2018/2019 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Angebotsanpassungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie eventuell noch darüber hinaus erforderliche Gruppenveränderungen kostenneutral umzusetzen.
3. Stellen sich zu Beginn des neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres derzeit noch nicht erkennbare Änderungen in der Belegungssituation dar, so sollen Angebotsanpassungen kostenneutral im lfd. Kindergarten- bzw. Schuljahr 2018/2019 im Einvernehmen mit dem Träger realisiert werden. Der Jugendhilfeausschuss wird im 4. Quartal 2018 über die vorgenommenen Änderungen unterrichtet.
4. Angebotsanpassungen in städtischen Kindertagesstätten und Schulkindbetreuungseinrichtungen haben Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die sich daraus ergebenden Finanzmittelbedarfe werden durch Verschiebungen zwischen Sach- und Personalkostenansätzen innerhalb des Budgets gedeckt.

Abstimmungsergebnis:
bei 4 Enthaltungen beschlossen

14. Ausbauplan Kommunale Schulsozialarbeit 18-07701
Stufenplan zur Entwicklung der Kommunalen Schulsozialarbeit
zur Umsetzung des Ratsbeschlusses "Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit" (DS-Nr. 17-04859) vom 26. September 2017

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

„Zur Umsetzung des „Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit“ sollen die Personalkapazitäten zur Abdeckung jugendhilflicher Bedarfe an den weiterführenden Schulen um 10,5 Stellen aufgestockt werden.

Aktuelle Situation:

bisher 1,5 Stellen 94.500 € Personalkosten, 7.500,00 € Sachkosten (diese Stellen sind bereits vorhanden)

2018 3 Stellen 189.000,00 € Personalkosten, 15.000,00 € Sachkosten (durch politischen Antrag neu in 2018)

Aufbausituation 2019 - 2020:

2019 5 Stellen 315.000,00 € Personalkosten, 25.000,00 € Sachkosten

2020 5,5 Stellen 345.000,00 € Personalkosten, 27.500,00 € Sachkosten

Zusätzlich wird ab 2019 eine Sachgebietsleitung Kommunale Schulsozialarbeit eingerichtet mit Personalkosten in Höhe von etwa 70.000 €“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Gegenstimmen beschlossen

15. **Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Nordanger", HA 136
Stadtgebiet zwischen Lampadiusring, Nordanger, Ringgleis und
dem BS-Energy-Gelände (Geltungsbereich A)
Stadtgebiet Gemarkung Dibbesdorf Flur 7, Flurstück 100 (tlw.)
(Geltungsbereich B)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss** 18-07667

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und sonstiger Stellen sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6.1 und Nr. 6.2 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Nordanger“, HA 136, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung von 16:00 Uhr bis 16:45 Uhr für eine Pause.

16. **Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und
II (Abfallwirtschaft) zwischen der Stadt und der ALBA
Braunschweig GmbH** 18-07734

16.1. **Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II
(Abfallwirtschaft) zwischen der Stadt und der ALBA
Braunschweig GmbH** 18-07933
Änderungsantrag zur Vorlage 18-07734
Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf den Änderungsantrag 18-07933 zu der Vorlage hin und erläutert, dass nach der Vorberatung in den Fachausschüssen eine geänderte Beschlussempfehlung vorliegt und trägt den Text vor. Zu Beginn der Aussprache begründet Stadtbaurat Leuer die Vorlage. Ratsherr Dr. Vollbrecht bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Beschlusstext der Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Auf Antrag von Ratsherr Sommerfeld wird die Abstimmung wiederholt und die Zahl der Gegenstimmen neu festgestellt.

Beschluss (ergänzt um den geänderten Änderungsantrag 18-07933):

„Die Stadt übt das ihr zum 31. Dezember 2018 zustehende Recht zur ordentlichen Kündigung der zwischen ihr und der ALBA Braunschweig GmbH geschlossenen Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) nicht aus.“

Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt, dass das Abfallwirtschaftskonzept (AWIKO) zukünftig durch die Stadt Braunschweig erstellt wird. **Wir wollen, dass** dabei die Politik von Anfang an sowie im weiteren Verlauf kontinuierlich **einbezogen wird**. Auf diesem Wege können beispielsweise die Erprobung und Einführung von kommunalpolitisch gewünschten Innovationen in der Braunschweiger Abfallwirtschaft - denkbar sind hier unter anderem der Einsatz von Müllbeuteln aus biologisch abbaubarem Kunststoff, zukunftsweisende Projekte zur weiteren Reduktion der Restabfallmenge und Erhöhung der Verwertungsquote sowie Betrachtungen zur fortschreitenden Digitalisierung - bereits bei der Erstellung des AWIKO eingearbeitet werden."

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

17. Sanierung und Erweiterung des Jugendzentrums B58 **18-07958**
Antrag des Jugendhilfeausschusses

17.1. Sanierung und Erweiterung des Jugendzentrums B58 **18-07958-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsfrau Dr. Flake bringt den Antrag des Jugendhilfeausschusses ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss stellt folgenden Antrag an den Rat:

Das Jugendzentrum B58 soll perspektivisch erweitert und saniert oder an einen anderen Standort im bisherigen Einzugsbereich verlagert werden.

Das Zentrum soll dabei weiterhin schwerpunktmäßig den Charakter eines Jugendkulturzentrums aufweisen, aber auch die Belange des neu entstehenden Wohnquartiers in der Nordstadt abdecken.

Auch die Veränderungen in der Schulkindbetreuung mit dem Ausbau der KoGS (Ganztagschulen) sind mitzuberücksichtigen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, bis Ende 2018 das vor einigen Jahren erarbeitete Erweiterungskonzept zu aktualisieren und einen Raumplan zu erstellen.

Auf der Basis dieses Raumplanes soll eine Vorplanung und erste Kostenschätzung für 2 Varianten erfolgen.

Variante 1: Kostenschätzung für den Fall einer Realisierung am jetzigen Standort.

Variante 2: Kostenschätzung für einen Neubau bei gleichem Raumkonzept an einem neuen, noch zu definierenden Standort im Quartier und Einzugsbereich.

Dazu gehört auch eine entsprechende Investitionsplanung. Der Rat wird über den JHA und die anderen beteiligten Fachausschüsse informiert.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Nach Tagesordnungspunkt 17 übernimmt stellvertretende Vorsitzende Naber die Sitzungsleitung. Von 18:05 bis 18:15 Uhr findet die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Beratung mit TOP 18 der Tagesordnung fortgesetzt.

**18. Anträge-Fortsetzung
(weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)**

**18.1. Augenscreening für Krippen und Kindertagesstätten in Braunschweig
Antrag der AfD-Fraktion** 18-07772

**18.1.1. Änderungsantrag zu Vorlage 18-07772: Augenscreening für Kindertagesstätten in Braunschweig
Änderungsantrag der AfD-Fraktion** 18-08022

**18.1.2. Augenscreening für Krippen und Kindertagesstätten in Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung** 18-07772-01

Der Änderungsantrag 18-08022 ersetzt den Antrag 18-07772. Ratsherr Dr. Müller bringt den Änderungsantrag 18-08022 ein, begründet diesen und erklärt abschließend, dass der Änderungsantrag zurückgezogen wird.

Ergebnis:

Der Änderungsantrag 18-07772 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

**18.2. Resolution "Ambulantes Schmerzzentrum für gesetzlich Versicherte"
Antrag der AfD-Fraktion** 18-07773

**18.2.1. Resolution "Ambulantes Schmerzzentrum für gesetzlich Versicherte"
Stellungnahme der Verwaltung** 18-07773-01

Ratsherr Wirtz bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

„Der Rat stärkt die Verwaltung, sich bei der KV Niedersachsen dafür einzusetzen, dass das Schmerzzentrum im Klinikum Salzdahlumer Straße auch wieder für gesetzlich versicherte Patienten zur Verfügung steht - in dem dort seitens der KV Erteilungen und Zulassungen von ambulanten Ermächtigungen vorgenommen werden.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Fürstimmen abgelehnt

19. Anfragen

Die Anfragen werden von 18:32 Uhr bis 19:32 Uhr beantwortet. Im Anschluss daran wird die Dringlichkeitsanfrage von 19:33 Uhr bis 19:41 Uhr behandelt.

**19.1. Genehmigung von Vergnügungsstätten in der Nähe von Wohngebieten
Anfrage der SPD-Fraktion** 18-07634

19.1.1. Genehmigung von Vergnügungsstätten in der Nähe von Wohngebieten 18-07634-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-07634-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

**19.2. Wildschweine auf dem Vormarsch?!
Anfrage der CDU-Fraktion** 18-07947

19.2.1. Wildschweine auf dem Vormarsch?! 18-07947-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Ruppert (Stellungnahme 18-07947-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

**19.3. Erfassung antisemitischer, christenfeindlicher und anderer gruppenbezogener Straftaten in Schulen
Anfrage der AfD-Fraktion** 18-07948

19.3.1. Erfassung antisemitischer, christenfeindlicher und anderer gruppenbezogener Straftaten in Schulen 18-07948-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 18-07948-01).

**19.4. Sanierungsrate Abwasserkanäle
Anfrage der Fraktion Die Linke.** 18-07941

19.4.1. Sanierungsrate Abwasserkanäle 18-07941-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-07941-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

**19.5. Datenverkauf "Öl des 21. Jahrhunderts"?
Anfrage der BIBS-Fraktion** 18-07945

19.5.1. Datenverkauf "Öl des 21. Jahrhunderts"? 18-07945-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Ruppert (Stellungnahme 18-07945-01).

**19.6. "Freies WLAN" - Filterliste
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²** 18-07943

19.6.1. "Freies WLAN" - Filterliste 18-07943-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 18-07943-01).

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung.

**19.7. Das Vertrauen in Europa stärken, die Arbeit der Europäischen Union sichtbar machen
Anfrage der SPD-Fraktion** 18-07944

Ergebnis:

Die Anfrage 18-07944 wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt und in die nächste Ratssitzung verschoben.

**19.8. Sachstand Quartier St. Leonhard
Anfrage der BIBS-Fraktion** 18-07946

19.8.1. Sachstand Quartier St. Leonhard 18-07946-01

Ergebnis:

Die Anfrage 18-07946 wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt. Die Anfrage soll schriftlich beantwortet werden.

**19.9. Freier Zugang zu Informationen - Par. 219a StGB
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²** 18-07942

19.9.1. Freier Zugang zu Informationen - Par. 219a StGB 18-07942-01

Ergebnis:

Die Anfrage 18-07942 wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt. Die Anfrage soll schriftlich beantwortet werden.

**19.10. Brückengutachten zum südlichen Ringgleisabschnitt
Anfrage der SPD-Fraktion** 18-07637

Ergebnis:

Die Anfrage 18-07637 wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt und in die nächste Ratssitzung verschoben.

**19.11. Könnten ab 2019 zu konditionierende Fässer aus dem Lager für atomare Abfälle in Leese nach Braunschweig kommen?
Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion** 18-08026

19.11.1. Könnten ab 2019 zu konditionierende Fässer aus dem Lager für atomare Abfälle in Leese nach Braunschweig kommen? 18-08026-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-08026-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen und weiteren Punkte zur nichtöffentlichen Beratung vorliegen. Er schließt die Sitzung um 19:50 Uhr.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin